Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 1½ Milliarden

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Montag
29. Oktober 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezug 18 Milliarden ℳ f. d. Woche v. 28. Okt. — 3. Nov.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Anzeigenpreis 250 ℳ je 33 mm breite mm-Zeile mal Schlüsselzahl. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

29. 10 a — 1½ Milliarden — Nr. 502 — 62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Anzeigen-Schlüsselzahl heute 18 Millionen.

ERICH MEYERFELD BERLIN GRUNDSTÜCKE

Reichsregiment in Sachsen.

Das Kabinett Zeigner verweigert den Rücktritt. — Dr. Heinze zum Reichskommissar ernannt. — Verbot der Landtagssitzung.

Die sächsische Staatskanzlei teilt mit:

Die sächsische Regierung lehnt das Ansinnen des Reichskanzlers, zurückzutreten, entschieden ab.

Ein politischer Anlaß dazu liegt nicht vor, und rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung Sachsens abzuberufen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird aber alsbald im Landtage eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

W. T. B. meldet halbamtlich:

Der Reichspräsident hat durch eine heute erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und notfalls andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entscheidung der sächsischen Regierung gefallen ist, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen.

Reichskommissar Dr. Heinze.

Sd. **Dresden**, 29. 10. (Eigenbericht.) Nachdem die sächsische Regierung die Forderung der Reichsregierung abgelehnt hat, hat der Reichspräsident den Reichsjustizminister a. D. Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen ernannt.

W. T. B. meldet bestätigend:

Der Reichskanzler hat den Minister a. D. Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen ernannt.

Verbot der Landtagssitzung.

Sd. **Dresden**, 29. 10. (Eigenbericht.) **Der sächsische Landtag sollte morgen eine Sitzung abhalten, um zu dem Ultimatum der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Der Militärbefehlshaber für Sachsen hat nun folgende Verfügung erlassen: In Ausübung der vollziehenden Gewalt verordne ich: Bis zur Einberufung des Landtags durch den vom Herrn Reichskanzler ernannten Reichskommissar findet ein Zusammentritt des Landtags nicht statt.**

Alle kommunistischen Zeitungen verboten.

Sd. **Dresden**, 29. 10. (Eigenbericht.) Auf Wunsch des Reichskommissars hat der Militärbefehlshaber das Erscheinen sämtlicher kommunistischen Zeitungen bis auf weiteres verboten. Die Druckereien werden polizeilich besetzt. In Frage kommen die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" (Leipzig), „Der Kämpfer" (Chemnitz), „Volksblatt" (Dresden) und die in Halle und Magdeburg erscheinenden kommunistischen Organe.

Der Dresdener Sonntag.

Sd. **Dresden**, 29. 10. (Eigenbericht.) Nach Ueberreichung des Ultimatums der Reichsregierung an die sächsische Regierung berieten die sächsischen Minister fast die ganze Nacht hindurch über die zu treffenden Maßregeln. Im Laufe der Nacht zum Sonntag kam man zu dem Entschluß, auf alle Fälle das Ultimatum der Reichsregierung abzulehnen, gleichgültig, welche Folgen daraus entstehen sollten. Diese Haltung verstärkte sich noch im Laufe des Sonntagvormittag. Inzwischen waren aber Herren des Berliner Zentralvorstandes sowie eine Anzahl anderer bekannter sozialdemokratischer Politiker wie Dr. Radbruch, Dr. Gradnauer, Dr. Hilferding nach Dresden gekommen, die den sozialistischen Mitgliedern der sächsischen Regierung sowie dem sächsischen Parteivorstand den ganzen Ernst der Lage vor Augen stellten. Soweit wir unterrichtet sind, ist es zu sehr ernsten Auseinandersetzungen gekommen, wobei die Herren aus Berlin auch gar keinen Zweifel darüber ließen, daß die Stunde der Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie gekommen wäre. Unter dem Eindruck dieser Unterredungen neigten dann im Laufe des Sonntags die sozialistischen Mitglieder der sächsischen Regierung zum Einlenken bis am Abend die kommunistischen Angehörigen des sächsischen Kabinetts, nämlich der Finanzminister Böttcher, Wirtschaftsminister Heckert und Ministerialdirektor Brandler aus Berlin kamen, wo sie sich von der kommunistischen Zentrale die nötigen Anweisungen geholt hatten. Nunmehr gab es wiederum eine Ministersitzung, die damit endete, daß die (oben mitgeteilte) ablehnende Entschließung angenommen wurde.

Von hervorragender Seite erfahren wir über die Gründe der Reichsregierung

zu dem Ultimatum an die sächsische Regierung folgendes: Das Ultimatum gründet sich zunächst auf die geradezu unglaubliche Hetzrede des kommunistischen Finanzministers Böttcher in Leipzig, die schon Gegenstand einer ernsten Auseinandersetzung zwischen dem Militärbefehlshaber und Dr. Zeigner war. Diese Rede war eine einzige Hetze gegen die Reichsregierung, den Reichspräsidenten und den Militärbefehlshaber, eine Aufforderung zum bewaffneten Widerstand, zur Neubildung und Bewaffnung roter Hundertschaften und zum Generalstreik. Sonntag vor acht Tagen auf dem Betriebsrätekongreß hat Böttcher noch ausdrücklich seine Leipziger Ausführungen unterstrichen und verstärkt.

Hinzu kommt, daß die Anordnungen des Militärbefehlshabers von der sächsischen Regierung grundsätzlich entweder überhaupt nicht ausgeführt, oder nicht weitergegeben, oder so lange verzögert wurden, bis sie wirkungslos geworden waren. Die offizielle Nachrichtenstelle der sächsischen Regierung entwickelte in der letzten Zeit eine geradezu unglaubliche Hetze gegen die Reichswehr und gegen den Vormarsch. Sie scheute nicht davor zurück, sogar die gemeinsten Hetzlügen zu verbreiten. Auf wiederholte Aufforderung des Militärbefehlshabers, die Meldungen der Nachrichtenstelle erst den Militärbehörden vorzulegen, erfolgte überhaupt keine Antwort, dagegen dauerte die Hetze fort.

In diesem Zusammenhange muß auch auf den anarchistischen Zustand in Sachsen hingewiesen werden, der eigentlich die erste Ursache des Einmarsches der Reichswehr überhaupt ist. Diese unhaltbaren Zustände hat die Regierung selbst wiederholt zugeben müssen, dann aber auf Befehl der Kommunisten beschönigt oder überhaupt abgeleugnet. Der letzte Grund und auch die unmittelbare Veranlassung des Ultimatums war ein offizieller Aufruf des kommunistischen Landesvorstandes und der kommunistischen Landtagsfraktion vom letzten Freitag, der die Ueberschrift trägt:

„Die Faust vor die Brust!"

In diesem Aufruf heißt es wörtlich: „Wir Kommunisten erklären: Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschaften durch den Herrn General, wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden. Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die werktätigen Massen zum Kampf gegen Militärdiktatur, Faszismus und Aushungerung zu mobilisieren. Wir werden die Massen mobilisieren, mag der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, die Junker, Spekulanten und Faszisten pfeifen. Wir fordern die Arbeiter auf, das Verbot der Hundertschaften mit der Aufstellung unzähliger neuer Hundertschaften, das Verbot der Aktionsausschüsse mit der Aufstellung von Aktionsausschüssen in jedem Betriebe zu beantworten. Die sächsische Arbeiterschaft in Verbindung mit der übrigen deutschen Arbeiterschaft ist stark genug, um alle ihre Feinde niederzuwerfen und Brot und Kartoffeln für die nackte Existenz zu erkämpfen. An die sächsische und deutsche Arbeiterschaft richten wir den Ruf zur Bereitschaft. Es kann möglich sein, daß morgen oder übermorgen das Vorgehen der Militärdiktatur mit dem Generalstreik in Sachsen, Thüringen und dem Reich beantwortet werden muß. Kampflos wird sich die sächsische und deutsche Arbeiterschaft den Generälen nicht ergeben. Wenn die Generäle der Schwerindustrie zum Tanz aufspielen wollen, nun, die deutsche Arbeiterschaft ist gerüstet."

Mit Recht weist daher die Reichsregierung auf den Widerspruch hin, der zwischen der Erklärung des Ministerpräsidenten im Landtag, daß die kommunistischen Minister die Reichs- und Landesverfassung beschworen hätten, und der tatsächlichen Haltung liegt, die die gesamte kommunistische Partei offiziell einnimmt. Das Ultimatum sowohl wie auch die jetzt schon angeordnete Reichsexekutive sind die logischen Folgerungen, die aus dieser Haltung gezogen werden mußten.

Die Sozialdemokratie.

In der sozialdemokratischen Partei wird, wie verlautet, der dringende Wunsch geäußert, daß die zuständigen Stellen der Partei zu dem Ultimatum der Reichsregierung an die sächsische Regierung und zu dem Ersuchen an das Kabinett v. Knilling Stellung nehmen. Da führende Mitglieder der Partei, wie Wels und Müller-Franken, zurzeit von Berlin abwesend sind, kann der Vorstand der Reichstagsfraktion erst im Laufe des Dienstag zusammentreten. Für Mittwoch dürfte dann die gesamte Fraktion zu einer Sitzung zusammenberufen werden.

Wie wir weiter hören, ist damit zu rechnen, daß das Reichstagsplenum noch in dieser Woche, vielleicht am Freitag, zusammentritt. Eine große politische Aussprache der Parteien über die gesamte Lage wird erwartet. Das Arbeitszeitgesetz würde voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche erledigt werden, falls nicht auch hier neue Schwierigkeiten entstehen.

Was die allgemeine Stimmung in der Sozialdemokratie betrifft, so kann man schon jetzt, noch vor Zusammentritt des Vorstandes, erkennen, daß in der Partei große Unruhe herrscht. Aus parlamentarischen Kreisen wird einem Montagsblatt geschrieben, es sei sicher, daß eine neue Krisis des Kabinetts Stresemann eingesetzt habe.

Die Verordnung des Reichspräsidenten.

Ermächtigung zur Absetzung sächsischer Minister und Beamten.

Der Reichspräsident hat nachstehende Verordnung erlassen:

„Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaates Sachsens folgendes:

§ 1.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der sächsischen Landesregierung und der sächsischen Landes- und Gemeindebehörden ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte zu betrauen. Auf Richter der örtlichen Gerichtsbarkeit findet die Vorschrift keine Anwendung.

Die Verordnung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen, vom 26. September 1923 (RGBl. I S. 905) bleibt im übrigen unberührt.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. Oktober 1923.

Der Reichspräsident.
gez. Ebert.
Der Reichskanzler.
gez. Dr. Stresemann."

Die Freiberger Straßenschlacht.

Insgesamt 23 Tote.

Zu den bereits mitgeteilten ernsten Straßenkämpfen in Freiberg wird von W. T. B. noch ergänzend berichtet: Nach den endgültigen Feststellungen sind bei der Reichswehr zwei Mann schwer, einer leicht verletzt. Von den Aufrührern und Mitläufern sind 23 tot, darunter eine Frau. 31 Verwundete wurden bisher in das Krankenhaus eingeliefert. Es wurde festgestellt, daß die angreifende Menge durchaus planmäßig vorgegangen ist. Zweifelhafte auswärtige Elemente sollen in großer Zahl die Aufwiegler gespielt haben. Einwandfreie Gewährsleute haben mitgeteilt, daß mit Sabotage- und Terrorakten in den nächsten Tagen gerechnet werden muß. Ueber das Verhalten der Reichswehr während der Kämpfe in Freiberg bestätigen durchaus sachliche Beobachter, daß sie in ihrer Zurückhaltung trotz wüstester Beschimpfung durch die Menge bis zum äußersten gegangen ist.

Die Stimmung in Bayern.

gt. **München**, 29. 10. (Eigenbericht.) Die Note der Reichsregierung an die bayerische Regierung ist, wie erst jetzt bekannt wird, schon am Sonnabend in München überreicht worden. Sie wurde bereits auf der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei bekannt, deren Referate und Entschließungen bereits in gewissem Sinne als Antwort auf das Ersuchen der Reichsregierung gelten können.

Man sieht in dem Ersuchen eine erhebliche Erschwerung der politischen Gesamtlage und eine bedauerliche Verschärfung des Konfliktes, aus der sich erneut zeige, mit welch geringem psychologischen Verständnis in Berlin an die bayerischen Dinge herangegangen wird. Nachdem am Freitag auch in Bayern eine gewisse Entspannung nicht zu verkennen war, ist jetzt erneut eine Verschärfung der Stimmung in München zu beobachten. Besonders verstimmt, daß Bayern auf die gleiche Stufe mit Sachsen gestellt werde, obwohl in Bayern eine verfassungsmäßige Regierung bestehe, die nichts getan habe, was irgendwie die Sicherheit oder den Bestand des Reiches gefährden könne.

Man betont an Stellen, die der Regierung nahestehen, daß die Affäre Lossow in ihrer letzten Konsequenz deutlich das Bestreben der Reichsregierung erkennen lasse, in Bayern bestimmenden Einfluß auch in inneren Angelegenheiten des Landes auszuüben. Wenn General v. Lossow noch in den letzten Tagen erklärte, er sei jederzeit zum Rücktritt bereit, wenn es sich bei der Lösung des Konfliktes nur um seine Person handle, so betont man an maßgebender Stelle heute erneut, daß es nicht um die Person des Generals, sondern um den Artikel 48 der Reichsverfassung geht, nach dem jede einzelstaatliche Regierung ausgeschaltet und abgesetzt werden könnte. Jeder Einzelstaat wäre dann der Gefahr ausgesetzt, durch die Reichsgewalt in Berlin gegen den Willen der verfassungsmäßigen Organe des Landes regiert zu werden.

Feuergefecht in Düsseldorf.

Fünf Polizeibeamte durch Handgranatenwurf verletzt.

Düsseldorf, 28. 10. (W. T. B.) Ein Kommando der blauen Polizei, das zur Verhinderung im Gange befindlicher Plünderungen und zur Sicherung von Lebensmitteltransporten ausgerückt war, wurde in der Kölner Straße in der Nähe des Marktes mit Steinen beworfen; bald entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht. Gegen die Beamten wurde eine Handgranate geworfen, wodurch fünf von ihnen, darunter einige schwer, verletzt wurden. Auch an anderen Stellen der Stadt haben die Plünderungen der Lebensmittelgeschäfte ihren Fortgang genommen. Die Polizei ist zu schwach, um den Plünderungen Einhalt zu tun.

Ein deutscher Geschäftsträger für Afghanistan.

Durch Erlaß des Reichspräsidenten ist Konsul Dr. Fritz Grobba zum Geschäftsträger der neu einzurichtenden deutschen Gesandtschaft in Afghanistan ernannt worden. Herr Dr. Grobba wird sich im Laufe des Monats November über Indien nach Afghanistan begeben und in Kabul, der Hauptstadt des Landes, residieren.

Vor und während des Krieges war Dr. Grobba im Nahen Orient in amtlicher Stellung tätig. Nach dem Kriege arbeitete er in der Rechtsabteilung und der orientalischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, in welcher Stellung er sich namentlich den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Deutschlands und Afghanistans widmete. Seine praktischen Erfahrungen im Orient hat Dr. Grobba vielfach schriftstellerisch verwertet. Sein neuestes Werk: „Die Getreidewirtschaft Syriens und Palästinas seit Beginn des Weltkrieges" wird in nächster Zeit im Verlage von Heinz Lafaire in Hannover erscheinen.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Lasten der Reparationsleistungen zwingen dazu, jede Möglichkeit der Ausdehnung unseres Ausfuhrhandels wahrzunehmen. Die nach dem Kriege mit Afghanistan angeknüpften wirtschaftlichen Beziehungen haben bereits eine größere Anzahl Deutscher veranlaßt, sich im Lande selbst nieder zu lassen. Es ist deshalb mit Genugtuung zu begrüßen, daß das Auswärtige Amt trotz der durch die Finanzlage des Reiches bedingten Beschränkung seines Etats durch die Entsendung eines sach- und fachkundigen Beamten bemüht ist, die Ausnutzung wirtschaftlicher und geschäftlicher Interessen zwischen Afghanistan und Deutschland zu unterstützen.

Poincarés „Zugeständnisse".

Keine Herabsetzung der Gesamtschuld. Weltkonferenz ohne deutsche Vertreter. — Heucheleien über die Separatistenbewegung.

Paris, 28. 10. (W. T. B.) In der Rede, die Poincaré heute nachmittag bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in Sampigny hielt, erklärte er u. a.: Als Deutschland in diesem Herbst die Einstellung des Widerstandes angekündigt hatte, glaubte es, dies auf den nüchternen Tatbestand zurückführen zu müssen. Ich hatte mich leider nicht getäuscht, als ich sagte, daß die Ausflüchte noch nicht zu Ende wären. Im vergangenen Jahre behauptete Deutschland, es könne uns die

festgesetzten Kohlenmengen

wegen des Kohlenbedarfs der deutschen Industrie nicht geben. Durch unsere Besetzung ist nachgewiesen worden, daß Deutschland vollkommen in der Lage war, auf diese Kohle zu verzichten. (?) Es erklärt uns jetzt, wenn es tatsächlich in der Lage sei, die Durchführung der Lieferungen bestehen zu lassen, so sei es doch außerstande, sie zu bezahlen. Die ganze Taktik des deutschen Schuldners wird in der Heuchelei (!) dieser Schwenkung (!) sichtbar. Poincaré kam im Anschluß hieran auf die

separatistische Bewegung

zu sprechen und sagte: Wir haben es stets vermieden, uns in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen. (?) Welches auch künftig die Verfassung Deutschlands sein möge, niemals wird uns der Gedanke kommen, das Gewissen der Bevölkerung zu vergewaltigen. Wir nähren keinerlei Annexionsabsichten. (?) Aber wir werden nicht darauf verzichten, dauernde

Sicherheitsgarantien

zu verlangen. Deutschland ist in der Lage, seine Fabriken rasch auf die Herstellung von Kanonen und Munition umzustellen. Es kann in ein paar Tagen eine Luftflotte ausrüsten. (!) — Sodann fuhr Poincaré fort: Wir sind ebensowenig geneigt, unsere

Ansprüche auf Reparationen

zu opfern.

Wenn wir die Pfänder nicht genommen hätten und im Januar dieses Jahres Deutschland einfach ein zwei- oder dreijähriges Moratorium gewährt hätten, stände es Deutschland nicht nur frei, nicht zu bezahlen, sondern auch sich weiter auf unsere Kosten zu bereichern. (!) Jetzt hingegen ist Deutschland selbst daran interessiert, sobald wie möglich die notwendigen Maßregeln zu treffen, um seine Gläubiger zu bezahlen.

In seinen weiteren Ausführungen wandte sich Poincaré ausdrücklich an die Verbündeten Frankreichs.

Was erwarten wir von unseren Alliierten?

fragte er: Lediglich die Beachtung des Friedensvertrages, den sie gemeinsam mit uns unterzeichnet haben. Die deutsche Schuld ist von der Reparationskommission gewissenhaft festgesetzt worden. Das Zahlungsstatut ist Deutschland mit Ultimatum mitgeteilt worden. Die Festsetzung ist also endgültig, und da sie in Ausführung des Friedensvertrages vorgenommen wurde, kann sie nicht mehr ohne unsere Zustimmung abgeändert werden.

Deutschland hat jetzt wieder Fühlung mit der Reparationskommission aufgenommen, diese wird die deutschen Delegierten ohne Zweifel binnen kurzem anhören. Poincaré antwortet dann im besonderen auf die

Rede Baldwins in Plymouth.

Ich brauche nicht zu sagen, erklärte Poincaré, daß jeder Vorschlag des englischen Premierministers von mir stets der ernstesten Erwägung wert befunden wird. Ich habe mir zunächst gesagt, daß wir in einem wesentlichen Punkte völlig einer Meinung sind, in der Auffassung nämlich, daß die Reparationsfrage so bald wie möglich unter den Alliierten geregelt werde, und daß wir uns einigen sollten, um die Bezahlung der Reparationen zu sichern. Wie der englische Premierminister, so wünschen auch wir, daß die Vereinigten Staaten sich bereit finden, sich nicht völlig abseits von der europäischen Politik zu halten. Worüber würde jedoch eine internationale Konferenz beraten? Wie würde sie zusammengesetzt sein? Welches wären ihre Kompetenzen? Das alles sind Fragen, die sich mir gleich zu Beginn meiner Erwägungen aufgedrängt haben und die zu lösen mir nicht gelungen ist. Wenn die englische Regierung wirklich nicht daran denkt, uns das Ansinnen zu stellen,

Deutschland einen Sitz in der Konferenz

zu gewähren, so fällt es uns sehr leicht, uns über die Konferenzidee zu verständigen. Der Reparationskommission steht es frei, die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen und von Deutschland ein Programm für die Sanierung seiner Finanzen und seiner Währung sowie einen bestimmten Reparationsplan zu verlangen. Und das alles im Rahmen des Friedensvertrages.

Aber wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß der Reparationskommission ihre Zuständigkeit entzogen werde, oder daß man sie durch ein Organ ersetze, in dem unser Einfluß, der schon sowieso hinter unseren Interessen zurückbleibt, noch weiter eingeschränkt würde. Die Grenze unserer Zugeständnisse ist erreicht.

Fünf belanglose Ministerreden.

S. **Paris**, 29. 10. (Eigenbericht.) Genau so wie die gestrige Rede Poincarés, nur das alte Thema von den Sicherheiten Frankreichs und seinen berechtigten Ansprüchen auf Reparationen variierend, sekundieren auch die ihm treu ergebenen Zeitungsschreiber heute morgen wie gewöhnlich ihrem Herrn und Meister, ohne irgendeinen neuen Gedanken.

Die übrigen fünf Ministerreden, die gestern gehalten wurden, sind kaum erwähnenswert. Das gleiche gilt auch von einer Rede des Kammerpräsidenten Peret in Lorient. Painlevé führte den Vorsitz bei einem Festessen der Liga der Republik. Er wie Robert de Jouvenel, Hennessy und andere sprachen bei dieser Gelegenheit über die inneren und äußeren politischen Aufgaben der kommenden Monate. Große Beachtung verdient indessen eine Rede, die Caillaux in Denain über die schlechte Finanzlage Frankreichs hielt. Selbst wenn Frankreich 26 Goldmilliarden von Deutschland bekäme, so wäre dies immer noch ein Bankerott von 50 %, denn im Budget sei in Wirklichkeit nichts anderes als ein Defizit von annähernd 2 Milliarden Franken vorhanden.

Der von uns schon angedeutete Standpunkt Frankreichs zur Frage der Einberufung einer Sachverständigenkonferenz findet in der heutigen offiziösen Note des Quai d'Orsay seine volle Bestätigung.

Unzufriedenheit in London.

Poincarés Manöver verhindern eine vollgültige Konferenz.

A. **London**, 29. 10. (Eigenbericht.) Die englische Regierung sieht sich vor die Frage gestellt, ob sie angesichts der Bedingungen Poincarés überhaupt auf die Einsetzung einer internationalen Kommission verzichten will oder ob versucht werden soll, eine Beseitigung oder eine Abschwächung der französischen Bedingungen herbeizuführen. Das Kabinett hat bereits offizielle Schritte unternommen, um die in Washington herrschende Auffassung festzustellen, und es wird wesentlich von ihr abhängen, zu welcher Haltung man sich in London entschließen wird. In Kreisen der Reichskonferenz zeigt man sich über die französische Antwort sehr unzufrieden und besonders die Gruppe um Smuts hält alle Bemühungen auf dieser Grundlage für zwecklos. In der Umgebung Baldwins wird die Lage sehr viel vorsichtiger beurteilt, aber auch hier werden gegen einige französische Bedingungen starke Bedenken erhoben, besonders dagegen, daß die Kommission keine Gesamtschuld feststellen dürfe, sowie dagegen, daß die Frage der „produktiven Pfänder" nicht berührt werden soll. Viel besprochen wird auch die Frage des Zeitpunktes für den Zusammentritt. Poincaré will ihn bekanntlich von der vollkommenen Einstellung des passiven Widerstandes abhängig machen, aber es scheint nicht ganz klar, ob er selbst oder die Reparationskommission die Entscheidung treffen soll. Beides dürfte allerdings kaum einen Unterschied ausmachen.

Nach Telegrammen aus New York hat die amerikanische Regierung ihre Antwort auf die englische Einladung erst erteilt, nachdem sie über die französische Auffassung sich informiert hatte.

Dem diplomatischen Berichterstatter des „Observer" zufolge wird eine Sitzung des britischen Kabinetts Anfang dieser Woche, wahrscheinlich morgen, einberufen werden, um die Antworten Frankreichs und Belgiens auf den Vorschlag zur Abhaltung einer internationalen Reparationskonferenz zu erwägen. sei. Es bestehe daher augenblicklich sehr große Hoffnung, daß eine neue Lage durch diese Vereinbarung herbeigeführt werde.

*

London, 29. 10. Baldwin wird morgen in Swansea eine Rede halten, in der er die schutzzöllnerischen Gedanken der Regierungspolitik darlegen wird, wie er dies bereits in großen Linien am vergangenen Donnerstag in Plymouth getan hat.

Der amerikanische Weizenlieferungsplan.

e. **New York**, 29. 10. (Eigenbericht.) Die Nachricht, Präsident Coolidge habe das Gesuch der Armour Korn-Compagnie um Unterstützung durch die Kriegsfinanzkorporation behufs Verschiffung von 50 Millionen Bushels Weizen nach Deutschland gutgeheißen, ist leider eine Uebertreibung, da Coolidge nicht ohne die Ermächtigung des Kongresses vorgehen kann. Er werde aber, wenn der Kongreß zustimme, Liebesgaben von Korn überwachen.

Rücktritt der türkischen Regierung.

Konstantinopel, 29. 10. (T. U.)

Nach einer außerordentlichen Sitzung der Türkischen Volkspartei unter dem Vorsitz Mustapha Kemal Paschas hat das türkische Kabinett seine Demission erteilt. Dieser Beschluß wurde der Nationalversammlung in einem besonderen Brief am Sonntag bekanntgegeben, worin gesagt ist, daß das Ministerium zurücktrete, weil die Lösung der großen inneren und äußeren Fragen eine starke Regierung voraussetze, die das uneingeschränkte Vertrauen der Nationalversammlung besitze. Die Demission wurde von den Abgeordneten mit starker Mehrheit angenommen. Die Wahl des neuen Kabinetts wird bereits am Montag erfolgen.

Bei dem Rücktritt der türkischen Regierung handelt es sich um einen schon lange geplanten Akt, der den Zweck hat, verfassungsrechtliche Zustände wiederherzustellen. Die bisherige Regierung hatte provisorischen Charakter. Da Mustapha Kemal Pascha zum Präsidenten ausersehen ist, kann er nicht zugleich auch Premierminister sein. Nach einer Londoner Meldung soll Ismed Pascha als Ministerpräsident Aussichten haben, wozu seine großen diplomatischen Erfolge ihn berufen erscheinen lassen. Es bleibt abzuwarten, ob diese Nachricht sich bestätigt.

Der neue Chef der Reichskanzlei.

Adolf Kempkes,
der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Volkspartei ist, wie gemeldet, als Nachfolger des Freiherrn von Rheinbaben zum Staatssekretär der Reichskanzlei ernannt worden.

Oesterreich nach den Wahlen.

Von unserem Berichterstatter.

Kbg. **Wien**, 25. Oktober.

Die Deutung des österreichischen Wahlergebnisses als Bekenntnis zur Sanierungspolitik des Bundeskanzlers Seipel bringt sehr verschiedene Strömungen, die bei diesen Wahlen in Fluß waren, auf eine populäre Formel. Die politischen Mathematiker im Lager der Regierung und in jenem der Opposition wissen für ihre Partei einen großen Erfolg zu errechnen und überbieten einander in täglich wechselnden Ziffern. In Wahrheit steht zur Stunde noch immer nicht das endgültige ziffernmäßige Wahlergebnis fest, nur die Tatsache ist unanfechtbar, daß die Wahlen einen Erfolg und eine moralische Rechtfertigung für das gegenwärtige Regierungssystem bedeuten, der seine Fortdauer außer Frage stellt. Ja, es ereignete sich das Merkwürdige bei diesen Wahlen, daß ein Großteil des Volkes, ganz im Gegensatz zu aller geschichtlichen Erfahrung, die nur vom Undank der Völker berichtet, offenkundig beabsichtigte, mit dem Stimmzettel dem erfolgreichen Kanzler und Staatsmann zu danken und ihn am Ruder zu erhalten. Selten hat die österreichischen Wähler ein richtigeres politisches Gefühl gelenkt, nie zuvor hat man hierzulande das gleiche Interesse bekundet für Stetigkeit in der Staatspolitik. Die allerorten sichtbare Konsolidierung der Verhältnisse im Innern hat diesen politischen Bildungsprozeß beschleunigt. Nicht minder klar war der Allgemeinheit, daß eine Stärkung des gegenwärtigen politischen Kurses im Ausland den Glauben festigen würde, daß Oesterreich die eingegangenen internationalen Verpflichtungen, die heute Oesterreichs Lebensgrundlage bilden und seine Lebensquellen speisen, umso zuverlässiger einhalten würde. Die Wiederkehr der bürgerlichen Mehrheit im Nationalrat und die neu errungene bürgerliche Mehrheit im Bundesrat, die sich als Erfolg bürgerlicher Wahlsiege in den Landtagen einiger Länder ergibt, schafft für die Fortsetzung der Sanierungspolitik eine ausreichende Grundlage. Es sind im Zuge der Sanierung gerade in den nächsten Monaten so ernste und schwierige Aufgaben zu vollbringen, daß die bürgerlichen Parteien alle Mann an Bord und rege Fühlung mit ihren Wählern werden halten müssen, um durchzukommen, und das Verständnis für ihre Arbeit wach zu erhalten.

Diese unzweideutige Sachlage macht es denn auch völlig unmöglich, daß die großdeutsche Volkspartei, die mit Verlusten aus den Wahlen hervorgegangen ist, aus der Regierung ausscheidet. Die Partei kann heute nicht das Sanierungswerk, an dem sie wesentlich mitgearbeitet hat, durch den Uebergang zur Opposition bekämpfen; sie kann aber auch nicht der Niederlage, die sie geradezu unvermeidlich erleiden mußte, nun auch noch den Selbstmord folgen lassen, wenn sie nicht von allen guten Geistern verlassen ist. Als Oppositionspartei neben den Sozialdemokraten würde sie eine ganz unmögliche Rolle spielen. Die empfindliche Schwächung der großdeutschen Partei ist an diesem Wahlkampf eigentlich das einzig Interessante, weil ihre psychologischen und tatsächlichen Ursachen ein deutliches Spiegelbild jener Strömungen zeigen, die diesen Wahlkampf beherrschten. Zunächst setzte die Partei im Wahlkampf mit einem schweren Fehler an: die bisher mit ihr taktisch vereinte Gruppe der deutschen Bauernpartei stellte eigene Listen auf; die Nationalsozialisten schädigten die großdeutsche Partei durch Wahlenthaltung. Nicht minder schwer traf die großdeutsche Partei, daß ihre Stammwähler, die öffentlichen Beamten, sich einerseits wegen des Beamtenabbaues, der unvermeidlich, aber für sie sehr hart, andererseits wegen der Nichtberücksichtigung der Gehaltsforderungen der Beamten von der großdeutschen Partei ab- und den Sozialdemokraten und ihren Versprechungen zuwandten. Empfindlich beeinträchtigt hat ferner sowohl die Wahlwerbung der Großdeutschen als der Christlichsozialen die formell verunglückte Stellungnahme des Kanzlers in der Mieterschutzfrage, die Tausende von geängstigten Wählern, vor allem Frauen veranlaßt hat, sozialdemokratisch zu stimmen, obschon gar kein Zweifel ist, daß eine Reform des Mieterschutzes kommen muß, und auch eine sozialdemokratische Mehrheit nicht um sie herumgekommen wäre.

Ein besonderes Unglück für die Großdeutschen bildete schließlich die Haltung der österreichischen Presse, die mit zäher Planmäßigkeit vom Beginn des Wahlkampfes an die Großdeutschen politisch totsagte; aber auch die nationale Presse hat der Partei schwer durch ihre Unzulänglichkeit geschadet, und durch ihre andauernde, meist unverständliche Bekämpfung der wichtigsten Parteibeschlüsse. Hier wird man energisch Wandel schaffen müssen. Zu diesen inneren Gründen der Niederlage der Großdeutschen kamen noch äußere: die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland, die große Enttäuschung über die politische Führung in Deutschland und der Mangel an Verständnis für die Notwendigkeiten der österreichischen Außenpolitik.

Die Stellung der sozialdemokratischen Opposition hat sich durch die Wahlergebnisse nicht geändert. Sie haben 150 000 Stimmen im Wahlkampf gewonnen, wobei ihnen rund 68 000 tschechische Stimmen zustatten kamen; der Stimmenzuwachs der Christlichsozialen beträgt rund 200 000. Kläglich haben die habsburgischen Legitimisten abgeschnitten, die nur etwas über 1000 Stimmen erzielten, und die Kommunisten, mit wenigen tausend Stimmen. Die Czerningruppe (bürgerlich-demokratische Arbeitspartei) hat das verdiente Schicksal gefunden und ist nun wohl für alle Zukunft erledigt.

Die nächsten innerpolitischen Entscheidungen werden nach dem Zusammentritt des Nationalrates (am 20. November) fallen. Die Regierung Seipel wird formell demissionieren und die nächste Regierung wird wieder Seipel heißen. Voraussichtlich bleibt auch Seipels bester Mitarbeiter, der großdeutsche Vizekanzler Frank, im Amt; im übrigen dürften geringe Personalveränderungen erfolgen. Die Sozialdemokraten erklären schon jetzt, daß sie eine Koalition ablehnen. Nun hat Bundeskanzler Seipel durchaus nicht die Absicht gehabt, sich

Berliner Kurse vom 29. 10.:

1 Dollar amtlich:	ℳ 65 000 Millionen
Zuteilung 10 %	
1 Pfund amtlich:	ℳ 290 000 Millionen
Zuteilung 12½ %	
1 Goldmark	ℳ 15 476,19 Millionen
Dollarschatzanw.:	ℳ 79 000 Millionen
Zuteilung 7 %	
Goldanleihe:	ℳ 65 000 Millionen